

Heidrun Kämper

Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts als Zäsurgeschichte – das Beispiel der frühen Weimarer Republik

Ein transdisziplinäres Forschungsprojekt

Abstract

Gegenstand des folgenden Beitrags ist die Darstellung der Konzeption eines transdisziplinären Vorhabens, an dem drei WGL-Institute, das Institut für Deutsche Sprache (Mannheim), das Institut für Zeitgeschichte (München) und das Herder-Institut (Marburg) beteiligt sind. Vorangestellt sind grundsätzliche methodische und theoretische Überlegungen zu einer transdisziplinären Forschungskonzeption in Bezug auf die gesellschaftlich-politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts. Es schließt sich die Konkretisierung dieser Überlegungen in Bezug auf das transdisziplinäre Forschungsprojekt an, das sich auf die frühe Weimarer Zeit bezieht. Dabei werden auch die drei unterschiedlichen Zugriffe aus den Perspektiven der drei Beteiligten skizziert. Eine Beispielanalyse demonstriert schließlich den methodischen Ansatz des Vorhabens exemplarisch.

The following article describes the plan of a crossdisciplinary project involving three institutes belonging to the WGL (Scientific Community Gottfried Wilhelm Leibniz): the Institute for the German Language (Mannheim), the Institute for Contemporary History (Munich) and the Herder-Institut (Marburg). A preliminary section examines the fundamental methodical and theoretical considerations of crossdisciplinary research on the subject of the radical socio-political changes of the 20th century. This is followed by a clarification of these considerations with regard to the crossdisciplinary research project described here, which is concerned with the early Weimar period. The three different approaches from the perspectives of the three participating institutions are outlined. Finally, the article presents an analysis which serves as an example of the methodical approach adopted by the project.

1. Überlegungen zu einem Umbruchkonzept¹

Dass Sprache und Gesellschaft einen Konnex bilden und in einem Bedingungsverhältnis zueinander stehen, zählt zu den Binsenwahrheiten der pragmatischen kulturwissenschaftlichen Sprachgeschichtsschreibung. Ebenso ist evident, dass politik- und gesellschaftsgeschichtliche Wechsel kollektive sprachliche Verschiebungen bewirken vice versa: Politische Wechsel werden sprachlich konstituiert. Das mit diesem Axiom der sprachlichen Konstruktion von Wirklichkeit (Berger/Luckmann) eingerichtete Forschungsparadigma ist die entscheidende Perspektive, wenn der Zusammenhang von Sprache und Gesellschaft zu exemplifizieren ist. Dieser Zusammenhang ist in dem hier vorzustellenden Vorhaben als mutuelle Relation zwischen gesellschaftlich-politischen und sprachlichen Umbrüchen evident.

Umbrüche sind bisher keine sprachgeschichtliche Perspektive und Epochengrenzen an sich, sind als eigener Gegenstand kaum im Fokus des sprachgeschichtlichen Interesses. Umbruchtheoretisch und -methodologisch jedoch finden wir ein weißes Feld vor. Ausnahme ist der politische Wechsel von 1989/90, der eine ganze Reihe von Arbeiten befördert hat, denen die Leitidee ‚Sprache und plötzlicher politischer Wechsel‘ allesamt eingeschrieben war (vgl. Kämper 2008).

¹ Ausführlicher wurde dieses Konzept dargestellt in Kämper (2007c) und (2008).

Die historiografische Zäsurgeschichte des 20. Jahrhunderts rechnet mit vier Ereignissen, die mit Recht unter die Kategorie ‚politischer Umbruch‘ zu fassen sind: das Ende des Ersten Weltkriegs und der Beginn der Weimarer Zeit (1918/19), deren Ende mit dem Beginn der Nazidiktatur (1933), deren Ende und das Ende des Zweiten Weltkriegs (1945) und der Fall der Berliner Mauer und die Auflösung der Blöcke (1989).² Aus der Perspektive der Sozialgeschichte (vgl. u.a. Schulze 1993) und auch der Sprachgeschichte ist die Zäsur von 1967/68 zu ergänzen.³ Sie steht zwar nicht im Kontext eines gesellschaftlich-politischen Wechsels, kann jedoch angesichts ihrer nachhaltigen sprach- und mentalitätsgeschichtlich evidenten Veränderungen in den Umbruchkanon aufgenommen werden.

1.1 Diskurs

Die Frage nach sprachlichen Umbrüchen im Kontext mit politischen Wechseln ist eine Frage nach Gebrauchsveränderungen, also nicht eine Frage nach Systemwandel. Sprachliche Gebrauchsveränderungen manifestieren sich auf den Ebenen Thema, Beteiligte, Texte und Lexik. Es sind dies sprachliche Ebenen, die umbruchgeschichtliche Relevanz haben. Es sind dies gleichzeitig diejenigen Ebenen, die unter die Kategorie ‚Diskurs‘ zu fassen sind. Ein Diskurs besteht aus themenidentischen Aussagen⁴, die von einer bestimmten Gruppe von Diskursbeteiligten realisiert werden, die in unterschiedlichen textuellen Mustern und kommunikativen Praktiken mit je spezifischer Funktion repräsentiert sind und die sich in einem diskurstypischen bzw. diskursrelevanten Vokabular verdichten.⁵ Im lexikalisch-semantischen Kontext sind außerdem stets die von der Diskurslexik repräsentierten Argumentationsmuster mit gemeint. Die Gesellschaftlichkeit von politisch-sozialem Wandel und die Gesellschaftlichkeit sprachlicher Umbrüche stehen auf diesen Ebenen in Beziehung zueinander.

1.2 Perspektive

Die Bindung von sprachlichen Umbrüchen an politische Wechsel gibt der sprachlichen Umbruchgeschichte des 20. Jahrhunderts eine über die einzelnen Zäsuren hinweg reichende Perspektive. Diese Perspektive heißt ‚Demokratisierung‘ (was ‚Entdemokratisierung‘ einschließt). Es ist dies die politisch-gesellschaftliche Grundidee, die sich als sprach-, mentalitäts- und diskursgeschichtliches Leitphänomen manifestiert – mit Busse (2003) können wir ‚Demokratisierung‘ als „diskursive Grundfigur“ ausweisen. Der Zusammenhang von gesellschaftlich-politischen Wechseln und sprachlichen Umbrüchen ist als Zusammenhang zwischen Demokratisierungs- bzw. Entdemokratisierungsvorgän-

² Vgl. exemplarisch Papenfuß/Schieder (2000).

³ Ein eben am Institut für Deutsche Sprache abgeschlossenes Projekt zum Demokratiediskurs der späten 1960er Jahre stellt diesen hinsichtlich der Diskursthemen, der Diskursbeteiligten und der Diskurslexik als sprachliche Zäsur nach 1945 dar. Voraussichtliches Erscheinungsjahr unter dem Namen der Autorin wird 2010 sein.

⁴ Diese Themenidentität ist Faktor des Phänomens der Diskursivität. Ich folge der Definition von Warnke, der Diskursivität beschreibt als den „kommunikative[n] Zusammenhalt einer Vielzahl singulärer Vertextungen ...“, der als seriell organisierte und anonyme Praxis historisch real ist“ (Warnke 2002, S. 136).

⁵ Hier wird das Vokabular als wesentliches Diskurselement hervorgehoben, und zwar deshalb, weil die Lexik (im Gegensatz etwa zur Grammatik) am unmittelbarsten an gesellschaftliche Veränderungen zu binden ist. Dass andererseits z.B. auch grammatische Phänomene Gegenstand einer sprachlichen Umbruchgeschichte sein können, zeigen etwa die für die Beteiligten des 68er-Diskurses typischen syntaktisch äußerst komplexen Satzkonstruktionen (nicht nur) der gesprochenen Sprache.

gen der Gesellschaften des 20. Jahrhunderts und deren sprachliche Manifestationen nachweisbar. Denn: Dass die Demokratieggeschichte nicht im Sinn eines kontinuierlichen Prozesses, sondern vielmehr in Schüben ablief, ist Konsens der Historiografie.⁶ Diese Schübe repräsentieren die vier Symbolzahlen, die allesamt sozusagen diskursive Richtungswechsel des Jahrhundertprinzips anzeigen. Wir können diese Schübe Demokratisierung, Entdemokratisierung und Redemokratisierung nennen: Demokratisierung meint die Etablierung der parlamentarischen Demokratie von Weimar 1919. Entdemokratisierung bezeichnet den regredierenden Schub, den das Naziregime der deutschen Demokratieggeschichte zugefügt hat. Problematisch ist die Kategorie der Redemokratisierung und ihre Zuordnung. 1945 ist zweifellos für den deutschen Westen als Ende einer Diktatur und als Beginn einer Redemokratisierung zu verstehen (schließlich handelt es sich im 20. Jahrhundert um einen zweiten Versuch). Ist der Moment der Redemokratisierung und die Frage, unter welchem Zeichen er stand, für die DDR ebenso eindeutig zu bestimmen? Ist es ebenfalls das Jahr 1945 oder ist es erst das Jahr 1989, das den politischen Diskurs unter diese Leitidee stellte? Und ist das Jahr des Mauerbaus 1961 für die DDR-Gesellschaft nicht unter dem Zeichen einer neuerlichen Entdemokratisierung zu verstehen? Wir sehen: Die Bindung der umbruchgeschichtlichen Modernekategorie ‚Demokratisierung‘ an bestimmte gesellschaftliche und politische Wechsel ist gelegentlich disponibel, was sie jedoch, als Prinzip, natürlich nicht in Frage stellt.

2. Die frühe Weimarer Zeit als Zäsur der Demokratieggeschichte

Gegenstand des hier vorzustellenden Vorhabens, das die Leibnizgemeinschaft für die Dauer von drei Jahren fördert und das am 1. Februar 2010 beginnen wird, ist der tiefgehende gesellschaftlich-politische und damit diskurs- und sprachgeschichtliche Umbruch von der Kaiserzeit zur Weimarer Republik, also der Wechsel von der konstitutionellen Monarchie zur Demokratie.⁷ Angesichts der Tatsache, dass die Grundlegung und vor allem Erprobung demokratischer Prinzipien, die dann weiterhin das 20. Jahrhundert bestimmen, wesentlich den Akteuren der frühen Weimarer Republik zuzuschreiben ist, wird die sprach-, mentalitäts- und diskursgeschichtliche Bedeutung dieser Phase evident. Sie stellt den vielleicht bedeutendsten politischen Umbruch der Demokratieggeschichte – in sprachlicher Hinsicht – dar.⁸ Insofern ist sie als Vorgeschichte der pluralistischen demokratischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Politische und gesellschaftliche Neuerungsbewegungen setzen jedoch auch Beharrungsmechanismen in Gang. Die Kernzeit des Vorhabens ist erst recht, wie vielleicht keine andere Umbruchzeit, gleichzeitig auch von gegenläufigen Prozessen der Traditionalisierung bzw. antidemokratischen Radikalisierung

⁶ „Die Demokratisierung der europäischen Nationalstaaten seit der Französischen Revolution bestand ... aus einer Vielfalt höchst unterschiedlicher nationaler Umbrüche, Rückschläge, Erfolge, Eigenarten.“ (Kaelble 2001, S. 205)

⁷ Kaiserzeit und Weimarer Republik sind noch immer terra incognita der Sprachgeschichte. Diese Lücke soll auch ein Düsseldorfer Forschungsprojekt schließen (vgl. Eitz 2009) mit der Zielsetzung, „die bisher nicht aufgearbeitete Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs bzw. der öffentlichen Diskurse der ersten deutschen Republik nachzuzeichnen, d.h. eine umfassende Diskursgeschichte der ersten deutschen Republik zu rekonstruieren, die die unterschiedlichen sprachlichen Phänomene in ihrem komplexen Zusammenwirken mit zeitgeschichtlichen Entwicklungen darstellt.“ (Eitz 2009, S. 11)

⁸ Aus ereignisgeschichtlicher Perspektive ist dagegen sicher der Umbruch von 1945, der von der Diktatur zur Demokratie, bedeutender (vgl. zu diesem Umbruch Kämper 2005).

ung geprägt.⁹ Es werden deshalb auch monarchistische, nationalistische, rassistische und rechtsradikale Diskurse zu rekonstruieren sein, die sich gegen die demokratische Idee und parlamentarische Ordnung richten.

2.1 Transdisziplinarität

Dem Umbruch von der Monarchie zur Demokratie kommt sowohl sprach-, als auch mentalitäts- und diskursgeschichtlich eine grundlegende Bedeutung zu, insofern zum ersten Mal in der Demokratiegeschichte der Versuch unternommen wurde, eine auf einer genuin demokratischen Verfassung verpflichtete parlamentarische Demokratie zu etablieren. Diese Konstellation eröffnet die Möglichkeit einer transdisziplinären Forschungskonzeption, denn die Leitideen des Konzepts liegen auf der Schnittstelle zwischen Politik- und Ereignisgeschichte einerseits und Diskurs-, Mentalitäts- und Sprachgeschichte andererseits. Durch die Zusammenarbeit von Sprach- und Geschichtswissenschaft wird die Interdependenz zwischen politisch-gesellschaftlichen und diskursiv-sprachlichen Zäsuren in dem Vorhaben also mit der sprach-, mentalitäts- und diskursgeschichtlichen Perspektive eng geführt und am Beispiel des politisch-sozialen Umbruchs der frühen Weimarer Republik exemplifiziert. – Das Vorhaben stellt sich nach den drei Zugängen unterschieden wie folgt dar:

Der Fokus des sprachgeschichtlichen Arbeitsbereichs ist auf die Entwicklung von demokratiebezogenen Wortschätzen und Konzepten gerichtet, die in dieser Umbruchzeit geprägt oder umgedeutet wurden und die dann die gesellschaftlich-politischen Diskurse des 20. Jahrhunderts lexikalisch und konzeptuell bestimmen. Diskursthemen wie ‚Regierung und Macht‘, ‚Politisches Handeln‘, ‚Gesellschaft‘, ‚Demokratie‘ werden dabei in Bezug auf ihre lexikalischen Repräsentationen (wie z.B. *Sozialismus, Republik, Monarchie, Imperialismus, Recht, Regierung, Revolution, Proletariat, Emanzipation, Masse, Demokratie*) dargestellt. Da Umbruchzeiten, und insbesondere die von der Monarchie zur Demokratie der Jahre 1917 ff., auch von diskursiven Beharrungsmechanismen gekennzeichnet sind, ist auch der (Streit um den ggf. modifizierten) Fortbestand des aus der Kaiserzeit hineinreichenden konservativ-nationalistischen Wortschatzes der monarchischen Gesellschaft sowie der antidemokratisch-rassistische Wortschatz der radikalen Rechten zu beschreiben. Die im mentalitäts- und diskursgeschichtlichen Fokus stehenden Themen und ihre lexikalischen Repräsentationen gehören ebenfalls zum Gegenstand dieses sprachgeschichtlichen Arbeitsbereichs, der sich damit auch als Referenzinstanz darstellt, die die drei Zugänge zusammenführt.¹⁰

Aus der Sicht der Mentalitätsgeschichte wird das Diskursthema ‚Volk/Volksgemeinschaft‘ im Rahmen der das Vorhaben leitenden Fragestellungen exemplarisch untersucht. Von einer mentalitätsgeschichtlichen Untersuchung dieses Gegenstands ist in hohem Maße insofern ein wichtiger Beitrag zu dem übergeordneten Leitkonzept des Vorhabens zu erwarten, als der völkische Diskurs in der Umbruchphase einerseits im Sinn einer Identitätskonstruktion, andererseits im Sinn einer Identitätsverteidigung eine zentrale Funktion im Demokratisierungsprozess hatte. Darüber hinaus wird eine Verknüpfung hergestellt

⁹ Vgl. dazu exemplarisch die historiografische Darstellung von Fritzsche (2000).

¹⁰ Zurückgegriffen werden kann auf empirische Einzelstudien, u.a. von Clason (1981), (1991), Haß-Zumkehr (1998), Lobenstein-Reichmann (2002a), (2002b), Mergel (2002), (2004), Schlosser (2003).

mit der Frage, welcher Begriff von Demokratie den politisch offensichtlich höchst unterschiedlich aufgeladenen Vorstellungen von „Volksgemeinschaft“ zugrunde lag.¹¹

Aus der Perspektive der Diskursgeschichte ist vor allem die Frage nach diskursiver Teilhabe und den Regeln der Konsensfindung bzw. der Differenzaustragung im demokratischen Rahmen der frühen Weimarer Republik wesentlich. Orientiert an Einzelereignissen, thematischen Bündelungen, Kollektivsymbolen und Schlüsselbegriffen in ausgewählten Diskursen und Debatten wird die Entwicklung des Demokratiediskurses exemplarisch u.a. am Beispiel der Debatte um den Friedensvertrag von Versailles und der Diskussion um die Ostgrenzen Deutschlands untersucht.¹²

2.2 Korpus

Das Konzept einer Diskursanalyse verlangt ein breit angelegtes Korpus aus einer Reihe von Gründen: 1. Der dieser Konzeption zugrunde liegende Diskursbegriff setzt voraus, dass Diskurs auf den unterschiedlichsten Ebenen (mehr oder weniger) öffentlichen Redens stattfindet: natürlich in Zeitungen, Reden und Parteiprogrammen, dann aber auch in Predigten und Briefen, in Tagebüchern und in fiktionalen Texten. 2. Ein dissonanter und politisch äußerst bewegter Umbruchdiskurs wie der der Jahre 1917 ff. lässt ein breites Spektrum an Thematisierungen erwarten, die in einem entsprechend komplexen Textkorpus repräsentiert sind. 3. Schließlich lässt auch die heterogene und vielschichtige Zusammensetzung der Diskursbeteiligten aus allen gesellschaftlichen und politischen Domänen einer plötzlich nach Partizipation und Ausdruck drängenden Gesellschaft (mit je spezifischen Artikulationsforen) in hohem Maß auf Themen- und daher Textvielfalt schließen.¹³

Daraus ergibt sich als Korpusstruktur:

Politik – politische Reden, Wahlaufrufe und -programme, Parteiprogramme, Parteipresse, Proklamationen, Verträge, Noten, Debattenprotokolle.

Kirche – Predigten, Programme/Statuten/Verlautbarungen konfessioneller Vereine und Verbände, Kirchentagsprotokolle, Kirchenverfassungen, konfessionelle Presse.

Zeitkritik – autobiographische Berichte, zeitgenössische Memoiren, zeit- und sozialkritische Essays, Tagebücher, Briefe.

Kunst und Kultur – fiktionale Texte der schönen Literatur (Romane, Gedichte, Theaterstücke), ästhetische Programmschriften, Kongressprotokolle.

Medien – Zeitungs- und Zeitschriftentexte.

Verbände und Vereine – Programme/Statuten/Verlautbarungen von Gewerkschaften (ADGB, christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche-Gewerkvereine), Programme/Statuten/Verlautbarungen weiterer gesellschaftlich bedeutender Vereinigungen (Fabrikarbeiterverband, Jugend- und Frauenverbände, Angestelltenvereine, Kunstvereine).

¹¹ Es gibt Vorarbeiten u.a. von Mosse (1991), Gschnitzer u.a. (1992), Puschner/Schmitz/Ulbricht (1996), Kittel (2000), Götz (2001), Hroch (2005), Kunze (2005).

¹² Vgl. zu dieser Perspektive u.a. Haslinger (2004), (2005) und Landwehr (2001).

¹³ Von Alemann (1996) verweist auf die „volle Entfaltung eines Systems organisierter Interessen ... im ökonomischen ..., im kulturellen, im Freizeit-, im sozialen und im gesellschaftspolitischen Bereich“ zur Zeit der Weimarer Republik.

Außerdem wird das Korpus Text-Bild-Material (wie z.B. Karikaturen oder Postkarten) enthalten.

2.3 Zielsetzung

Dieses Forschungsprogramm zielt sowohl inhaltlich als auch methodisch auf die Vernetzung von drei disziplinären Zugängen zu einem gemeinsamen Gegenstand. Es soll inhaltlich eine Forschungslücke schließen und leistet insofern – im transdisziplinären Verbund – einen zentralen Beitrag zu einer Phase der jüngeren Geschichte, die von den beteiligten Disziplinen zwar als Zäsur apostrophiert, deren empirisch fundierte Darstellung jedoch als Desiderat ausgewiesen ist. Methodisch zielt das Vorhaben auf die Etablierung des Modells einer Diskursanalyse, das die Möglichkeiten von Transdisziplinarität deutlich macht.

Die Ergebnisdarstellung wird nicht nur ein monografisches, sondern auch ein lexikografisches Format haben. Die lexikalisch-semantischen und konzeptuellen Befunde werden – in enger Abstimmung aller Beteiligten – zusätzlich in einem Diskurswörterbuch dargestellt. Dieser neue Typ des Diskurswörterbuchs wurde im Rahmen zweier kulturwissenschaftlicher Umbruchprojekte entwickelt.¹⁴ Voraussichtlich Ende 2009/Anfang 2010 wird das Wörterbuch zum Protestdiskurs 1967/68 fertiggestellt sein. Zusammen mit dem bereits vorliegenden Diskurswörterbuch zur frühen Nachkriegszeit 1945-1955 machen diese drei Diskurswörterbücher dann den Wortschatz hinsichtlich dreier lexikalisch-semantisch zentraler Entwicklungsschübe der Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts lexikographisch sichtbar.

3. Ein Beispiel

Im Folgenden sei an drei Textbeispielen das sprachgeschichtliche Konzept exemplifiziert. Es handelt sich um den Text der Ausrufung der Republik von Karl Liebknecht vom 9. November 1918, um den Wahlauf Ruf der Deutschen Demokratischen Partei vom 5. Dezember 1918 sowie um Teile des 1917 geschriebenen Vorworts Thomas Manns zu seinem 1918 veröffentlichten zeitkritischen Essay ‚Betrachtungen eines Unpolitischen‘.

3.1 Proklamation der Republik vom 9. November 1918

Als Karl Liebknecht am 9. November 1918, nachmittags gegen 16 Uhr, vor dem Berliner Stadtschloss von einem Lastwagen aus die „freie sozialistische Republik Deutschland“ proklamiert, verhilft er der Demokratiegeschichte dazu, dass sie auf diesen Akt einer Pseudostaatsgründung als doppeltes Ereignis verweisen kann. An jenem 9. November wurde zwei Mal die Republik ausgerufen: um die Mittagszeit eilig durch den nicht vorbereiteten Philipp Scheidemann (der der Proklamation Liebknechts, die erwartet wurde, zuvorkommen wollte), nachmittags durch eben jenen wohl präparierten Sprecher der äußersten Linken Karl Liebknecht. Während Scheidemann auf den verbalen Gründungsakt verzichtet und lediglich seinen Zuhörern zuruft: „Es lebe die Republik!“, ja, den Akt sogar in die Zukunft verweist („die neue deutsche Republik, die wir errichten werden“), leistet sich Liebknecht die ganze Feierlichkeit der Performance, indem er den Gründungsakt verbal, und dies gleich zweimal, vollzieht: „In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialisti-

¹⁴ Vgl. zur Konzeption Kämper (2007a). Die Online-Version des Wörterbuchs ist erreichbar unter www.owid.de/Diskurs1945-55/Index.html, die Printversion unter Kämper (2007b).

sche Republik Deutschland“ und, wenig später ruft er seinen begeisterten Anhängern zu: „ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland“.

3.1.1 Thema

Die thematische Struktur der Proklamation ist überschaubar: Liebknecht thematisiert die Revolution von 1918 und von 1848, den politischen Kampf zur Erreichung der Republik und deren künftige Gestaltung. Es ist ihm offensichtlich darum zu tun, die Arbeiterbewegung und ihre Opfer sowohl in die 1848er-Tradition zu stellen, als auch einen Bezug zwischen Krieg und Arbeiterbewegung bzw. zwischen Krieg und Kapitalismus herzustellen. Adressat dieser Proklamation ist nicht etwa das ganze Volk, sondern es scheint ausschließlich das Proletariat zu sein – dieses hat die Republik erkämpft, für dieses wird/ist die Republik geschaffen, von diesem wird die Republik repräsentiert. Das marxistische Diskurselement „Diktatur des Proletariats“ gibt das Muster dieser thematischen Ausgestaltung vor.

3.1.2 Beteiligter

Liebknecht ist der herausragende Vertreter der Arbeiterbewegung und als solcher Sprecher des äußersten linken Flügels der Unabhängigen SPD. Deren derart signifikante Beteiligung am Diskurs in der frühen Weimarer Zeit kann als Novum bezeichnet werden: Zwar ist die Proklamation der Republik durch Liebknecht sicher ein Beispiel für Anmaßung und Fehleinschätzung der radikalen Linken; dass sie jedoch zumindest für eine kurze Zeit eine derart herausgehobene Stimme hat, ist umbruchsignifikant.

3.1.3 Text und Textfunktion

Die zu den Deklarativa zählende Textsorte Proklamation¹⁵ schafft – als Performance – eine neue Wirklichkeit. Das ist ihre Funktion und im politischen, um nicht zu sagen revolutionären Kontext von höchster Evidenz: Nichts Geringeres als den Systemwechsel zu initiieren ist ihre Funktion, den grundlegenden Umbruch von der Monarchie zur Republik, in diesem Fall nicht zur demokratisch-parlamentarischen, sondern zur Räterepublik. Ihre Umbruchrelevanz steht damit außer Frage. Typologisch als Version politischen Redens ist eine solche nicht legitimierte Proklamation eines Staates keinem der bisher in der Textlinguistik klassifizierten Handlungsfelder zuzuschreiben. Unter der Voraussetzung einer wie immer gearteten Legitimation ließe sie sich zwar, nach der Klassifikation Rolfs, an die Kategorie ‚deklarativ-sachdimensionierend-volitionsbezogen‘ (vgl. Rolf 1993, S. 291, 294 f.) anschließen. Deklarative Texte schaffen „eine neue institutionelle Wirklichkeit (bzw. deren Unterstellung)“ (Rolf 1993, S. 291). Sachdimensionierende Texte beziehen sich auf Dinge, Gegenstände, Sachverhalte und Sachlagen, die einer Dimensionierung unterzogen werden (ebd., S. 294). Die Aussagen volitionsbezogener Texte sind durch Willensentscheidung bedingt, geben Auskunft darüber, was für einen Zustand eine Person oder ein Staat als institutionelle Wirklichkeit realisiert wissen will (ebd., S. 295). Mit den Eigenschaften ‚Wirklichkeit schaffen‘, ‚Sachbezug‘ und ‚Willensausdruck‘ ist jedoch die Proklamation vom 9. November 1918 nicht vollständig, insbesondere hinsichtlich ihrer Bedingungen und ihrer Funktion erfasst. Nicht nur, dass sie nicht legitimiert, geschweige

¹⁵ Seit Mitte des 15. Jahrhunderts ist *Proklamation* als Rechtswort zur Bezeichnung einer „öffentliche[n], feierliche[n] Bekanntmachung“ nachweisbar (drw-www.adw.uni-heidelberg.de/drw/). Vgl. auch Brinker (2005).

denn institutionell kontextualisiert war, war sie vermutlich auch nicht als das intendiert, als was sie der die Handlung Ausführende formal und ausdrucksseitig ausgab. Liebknecht konnte nicht im Ernst glauben, dass dieser Akt politischen Handelns das zur Folge haben würde, was er vorgeblich performativ vollzogen hat. Vielmehr weist diese Proklamation einen hohen Anteil an Appellfunktion auf: Liebknecht erhebt mit der Proklamation den Handlungsanspruch des von ihm vertretenen Spartakusbundes im politischen Diskurs. Er reklamiert entscheidende Teilnahme und Partizipation dieser bis dahin im politischen Gefüge nicht verantwortungsvoll beteiligten extremen Linken. Mit dieser Deutung ließe sich der Text, freilich unter hohem Aufwand an Erklärung, eher dem Handlungsfeld „Politische Werbung“ (Girnth 2002, S. 38) zuweisen und in eine Gruppe stellen z.B. mit Wahlkampfrede und Wahlkampfeslogan. Die Merkmalstruktur dieses Handlungsfeldes wäre dann allerdings erheblich zu erweitern.

Halten wir fest: Unter dem Zeichen eines gesellschaftlich-politischen und damit auch sprachlichen Umbruchs ist die Textsorte ‚Proklamation‘ in hohem Maß umbruchsignifikant. Im Fall der frühen Weimarer Zeit ist die Funktion dieses Textes: den Systemwechsel zu initiieren.

3.1.4 Lexik im Kontext

Das lexikalische Inventar dieses Schlüsseltextes der Umbruchzeit 1918/19 bildet das Netz des politischen Vokabulars einer linken, marxistisch argumentierenden Arbeiterpartei. Es hat hohen Gegenwartsbezug und schafft Identität, indem es vor allem referiert

- auf erreichte Ziele: *(Tag der) Revolution, (Tag der) Freiheit (ist angebrochen), Frieden (erzungen/geschlossen), (in dieser Stunde proklamieren wirklich proklamieren) die freie sozialistische Republik Deutschland, das Alte (ist nicht mehr), (der neuen) Freiheit (huldigen), (Herrschaft des) Kapitalismus (ist gebrochen) und*
- auf Adressaten: *(die für die (heilige) Sache des) Proletariats (ihr Leben gelassen/in Kummer und Elend verkommen), (Opfer der) Gewaltherrschaft, (Abermillionen von) Blutopfern (dieses Weltkrieges), (eine unübersehbare Menge begeisterter) Proletarier.*

Ein geringerer Anteil vergangenheitsbezogenen Vokabulars bezieht sich insbesondere

- auf den Gegenstand/das Motiv des politischen Kampfes einer linken Partei: *das Alte, Herrschaft der Hohenzollern, Kapitalismus (der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat).*

Indem die politische Textsorte ‚Proklamation‘ auch einen programmatischen Anteil hat, hat ein Teil des lexikalischen Inventars Zukunftsbezug und referiert

- auf die neue Herrschaftsform: *Regierung der Arbeiter und Soldaten (aufbauen), neue staatliche Ordnung des Proletariats (schaffen),*
- ihren Geltungsbereich: *(Republik Deutschland, die) alle Stämme (umfassen soll) und*
- ihre Zielsetzung: *Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit, (deutsche) Brüder (in der ganzen Welt), (Vollendung der) Weltrevolution.*

Was das Vokabular der Proklamation zudem als Repräsentation eines gesellschaftlich-politischen Umbruchs kennzeichnet, ist die

- Dokumentation eines ausgeprägten Gegenwartsbewusstseins: *Tag der Revolution/Freiheit, in diesem Augenblick/in dieser Stunde, (ein anderer Zug bewegt sich) heute, nie wieder.*

3.2 Wahlauf Ruf der Deutschen Demokratischen Partei

Der Wahlauf Ruf vom 5. Dezember 1918 ist eines der ersten Textdokumente der Deutschen Demokratischen Partei, die erst zwei Wochen zuvor, am 20. November, gegründet worden war. Als Initiator dieser Gründung gilt der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, der am 16. November einen, von viel Prominenz, z.B. von Albert Einstein und Alfred Weber, unterzeichneten Gründungsauf Ruf in seiner Zeitung platziert. Auf der Mitgliederliste finden sich u.a. Walther Rathenau, Friedrich Naumann, Hjalmar Schacht, Theodor Heuß, Max Weber, Gertrud Bäumer und der Autor der unten zu behandelnden ‚Betrachtungen‘ Thomas Mann – wir kommen auf diesen „Widerspruch“ zurück. Die DDP ist eine der drei Parteien der sog. Weimarer Koalition (1918-1919), die außerdem aus der SPD und dem Zentrum bestand, und der sog. Großen Koalition (1923, 1928-1930), der außer den genannten drei die Deutsche Volkspartei DVP angehörte.

3.2.1 Thema

Der Wahlauf Ruf thematisiert, textsortengemäß, die vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, denen sich eine Partei gemeinhin verschreibt.¹⁶ Im Fall der DDP werden thematisiert der Zusammenbruch der Monarchie und die Folgen des Krieges, die momentane Situation der politischen und gesellschaftlichen Unordnung, dann natürlich – weil der Wahlauf Ruf zu Teilen ein informierend-programmatischer Text ist – die allgemeine Zielsetzung der DDP, die Wahlen zur Nationalversammlung und Volkssouveränität, die Eigenständigkeit der Stämme und (ganz in demokratischem Sinn) die Gleichheit aller vor dem Gesetz, schließlich: Gewissens- und Religionsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche, angemessene Löhne/Mindestlöhne, Gewerkschaften, Sozial- und Bildungspolitik, soziale Steuerpolitik, Privateigentum und Einzelinteressen, Privatwirtschaft, Wiederaufrichtung des Handwerks, Ausbau des Beamtenwesens, Stärkung der Landwirtschaft, Völkerrecht und Friedenspolitik, Rüstungsbeschränkung, freier Handel, Auslandsdeutsche und Kolonien.

3.2.2 Beteiligte

Der spätere Wirtschaftsminister Hitlers Hjalmar Schacht hat den Text als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der DDP verfasst. Es sei dies nach seiner eigenen Aussage „ein von der Stunde diktirtes Programm, das nur in allgemeinen Grundzügen die Richtung unserer Gruppe zeigen konnte“ (Schacht 1953, S. 193). Unter der Voraussetzung, dass der Textentwurf Schachts von einem Parteigremium nicht nur ratifiziert, sondern sicher auch noch verändert wurde, der Text also insofern mehrere Autoren hat, können wir sagen: Die Beteiligung von Autoren des Wahlauf Rufs einer Partei wie der Deutschen Demokratischen Partei ist insofern umbruchsignifikant, als sie Gründungsmitglieder einer neuen Partei sind. Diese Neugründung reflektiert die revolutionäre Entwicklung von 1918/19 hinsichtlich des Beteiligtenaspekts also insofern, als Parteigründungen einen signifikanten Ausdruck eines Anspruchs auf Teilhabe und Teilnahme in dieser Umbruchphase darstellen.

¹⁶ Themenvielfalt nennt Hermanns (1989) als eines von drei wesentlichen Strukturelementen von einem Wahlauf Ruf verwandten Parteiprogramm.

3.2.3 Text und Textfunktion

Die politische Textsorte ‚Wahlaufruf‘ hat keine eigene Klassifizierung als Praxis politischer Kommunikation erfahren. Wenn wir ihn mit Grünert dem „informativ-persuasiven Sprachspiel“ (Grünert 1983, S. 45 ff.) zuweisen und ihn typologisch in die Nähe des parteilichen Grundsatzprogramms rücken, können wir ihn definieren als verdichtetes Wahl- bzw. Parteiprogramm mit Appellfunktion. Mit diesem Merkmal ‚verdichtetes Wahl- bzw. Parteiprogramm‘ ist der Wahlaufruf dem Handlungsfeld „innerparteiliche Willensbildung“ (Girnth 2002, S. 37) zuweisbar, denn: „Mit einem Parteiprogramm legt sich eine Partei auf gewisse Überzeugungen und Ziele fest und macht sie damit für sich, für ihre Gremien, Funktionäre und Mitglieder verbindlich“ (Hermanns 1989, S. 73). Es zeichnet sich durch Mehrfachadressierung, Mehrfunktionalität und Themenvielfalt aus (ebd.). Rolf weist das Parteiprogramm den assertiven Texten mit den Merkmalen ‚indizierend‘ (Informationen sind entscheidungs- und/oder handlungsrelevant) und ‚orientierend‘ (es versorgt Leser mit Informationen, die für sie handlungsrelevant sind, verfügt über geordnete Datenkomplexe und ermöglicht einen raschen Zugriff) zu (vgl. Rolf 1993, S. 172). Ein Parteiprogramm ist zu charakterisieren als eine Textsorte, deren Exemplare „die Verwirklichung großangelegter und nahezu hyperkomplexer Gestaltungsvorhaben, die das Leben einer Gemeinschaft ... in der ... Zukunft bestimmen, prägen, vielleicht auch verändern“ (Rolf 1993, S. 208). Unter der Voraussetzung, dass ein Wahlprogramm im Gesamtzusammenhang einer komplexen Wahlkampagne steht, klassifiziert es Josef Klein als einen Text mit der Funktion einer Orientierungs- und Formulierungsressource für Wahlkämpfer, als Mobilisierungshilfe und Informationsquelle. Als Modi gibt Klein „evaluativ“, „voluntativ“ und „kommissiv“ (Klein 2000, S. 743) an. – An dieser Stelle wird übrigens die Historizität unseres Gegenstands deutlich: An Wahlkampagne im heutigen Verständnis ist unter den Bedingungen der frühen Weimarer Zeit unter keinen Umständen zu denken; Kampagnencharakter haben die Wahlkämpfe einer Zeit, in der Demokratie erst gelernt werden muss, sicher nicht gehabt. Dessen müssen wir uns bei der Adaption derjenigen Kriterien bewusst sein, die aus der Analyse politischer Texte etwa seit den 1970er Jahren von der professionellen Pragma- und Politolinguistik erarbeitet wurden. – Mit dem Merkmal ‚appellativer Charakter‘, das ja bereits der Name der Textsorte repräsentiert, hat der Wahlaufruf eine weitere Dimension, und zwar die der nach außen gerichteten Überzeugung. Wenn man diese zweifellos auch vorhandene Funktion der nach außen gerichteten Überzeugung von den politischen Zielen dieser Partei betonen möchte, müsste der Wahlaufruf dem Handlungsfeld „Politische Werbung“ zuzuweisen sein. Er hat die Parteigrenzen überschreitende Informations- und Orientierungsfunktion und, sehr wesentlich, er ist ein Aufruf überhaupt die Partei zu wählen. Insofern wird die evaluative, kommissive und volitive Funktion eines Wahlprogramms hinsichtlich eines Wahlaufrufs durch die appellative Funktion ergänzt.

Halten wir fest: Unter dem Zeichen eines gesellschaftlich-politischen und damit auch sprachlichen Umbruchs ist die Textsorte ‚Wahlaufruf‘ in hohem Maß umbruchsignifikant. Im Fall der frühen Weimarer Zeit ist die Funktion dieses Textes der DDP: den Systemwechsel zu stabilisieren. Damit leistet er einen das Konzept der Demokratisierung entscheidenden Beitrag.

3.2.4 Lexik im Kontext

Textsortengemäß dominiert in einem Wahlaufruf (mit hohem appellativem, und auch volitivem und kommissivem Anteil) zukunftsbezogenes Vokabular, so auch in dem Aufruf der DDP, unterscheidbar nach

- Bezeichnungen allgemeiner (demokratischer) Werte (die die appellative Funktion des Aufrufs insbesondere zu Beginn und am Ende repräsentieren): *Ordnung und Gesetzmäßigkeit; menschenwürdige Existenz; freie Demokratie; eine demokratische Republik; gemeinsame Anspannung aller Kräfte; Zusammenbruch verhindern; Abwehr jeder Gewaltherrschaft; Wiederaufbau der Wirtschaft; Geist dauernden Friedens; Beseitigung aller Privilegien; Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste, zu wirtschaftlicher und kultureller Größe;*
- parteibezogenem Wertevokabular: *(Eigenart der einzelnen) deutschen Stämme (frei entwickeln); Freiheit (des Gewissens, der Religionsausübung); Trennung von Staat und Kirche; (schärfste Erfassung der) Kriegsgewinne; (Aufrechterhaltung des) Privateigentums; (Frage der) Sozialisierung (sachlich entscheiden); (keinesfalls) Bürokratisierung (des Wirtschaftslebens); (Beschränkung des) Großgrundbesitzes; Erwerb von Grundbesitz; planmäßige Siedlungspolitik; Freiheit (der Meere);*
- pragmatischem Handlungsvokabular: *Wahlen zur Nationalversammlung; (Errichtung einer deutschen) Republik; (öffentliche) Macht (allein auf dem) Willen (des) souveränen Volkes; (völlige) Gleichheit (aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen) vor dem Gesetz; volle politische Gleichberechtigung;*
- wählergruppenbezogenem Bekenntnisvokabular: *(Anerkennung der) Arbeiter- und Angestelltenverbände; Tarifverträge; Mindestlöhne und Mindestgehälter; allen (Befähigten) die gleiche (Ausbildung); Wiederaufrichtung (des Handwerks); (politische und wirtschaftliche Stellung der) Beamten (gesetzlich aufgebaut); starker Bauernstand; freie Bauern auf freiem Boden;*
- nationalbewusstem/nationalistischem Wertevokabular: *Deutschlands Geltung in der Welt (sichern); Recht unter den Völkern; Bund gleichberechtigter Völker; (bei den) Friedensverhandlungen (das volle) freie Selbstbestimmungsrecht; gleiche Rechte (für die deutschen Minderheiten im Ausland); Kraft der deutschen Nation (in aller Zukunft nicht ausgeschaltet werden kann); (die Vertreter) des deutschen Volkes stolz und aufrecht (zur Friedenskonferenz).*

Wenig repräsentiert ist die Vergangenheit. Lediglich die beiden Formeln (*das) alte (Regierungssystem in Deutschland)* und *militärische Gewaltpolitik hüben und drüben* verweisen in die Vergangenheit und auch dieser Befund lässt sich mit einer Entsprechung der Textsorte und der Zeitdimension begründen. Ein Wahlaufruf leitet aus einer Gegenwartsanalyse eine zukunftsbezogene politisch-gesellschaftliche Konzeption ab. Insofern ist neben dem zukunftsbezogenen das gegenwartsbezogene Vokabular präsent. Die Gegenwart von 1918 verlangt von einer politischen Partei die sprachliche Repräsentation

- der kriegs- und revolutionsbedingten Zerstörung und Unordnung: *ist zusammengebrochen; drei Millionen Tote und Invalide; Trümmerfeld; Unordnung und Gesetzlosigkeit; (in dieser) Not; (würdelose) Zersplitterung des Reiches; (Mangel an) Rohstoffen; (Zerstörung unseres) Außenhandels;*
- der Notgesellschaft: *wirtschaftlich Schwache; Kriegsbeschädigte; Witwen und Waisen (unserer Gefallenen);*

- des politischen Abgrenzungskampfs: *(tägliche Bedrohung durch die) Spartakus-Leute; (Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens durch politische) Streiks;*
- der Erfordernisse, Möglichkeiten und des Gegenwartsbewusstseins: *(Bahn zum) freien Volksstaat (ist offen); (nur große) Parteien; mehr denn je brauchen wir heute;*
- des politischen Bekenntnisses und der Profilierung: *(am) Wiederaufbau unseres Vaterlandes (mitarbeiten); (auf dem Boden der) Republik; wir verlangen; wir wollen; wir fordern; (die errungenen politischen) Freiheiten;*
- des nationalistisch-schuldabwehrenden Bekenntnisses: *eines ungeheurer Übermacht unterliegenden heute freien und selbständigen Volkes.*

3.3 Betrachtungen eines Unpolitischen

Die ‚Betrachtungen‘ Thomas Manns, aus denen wir Teile des 1917 verfassten Vorworts darstellen, sind Teil der Beharrungsdiskurse der frühen Weimarer Zeit. Sie fallen unter die Kategorie „konservative Revolution“ (ein Name, den Thomas Mann ein Jahr später selbst verwendet) – jene „schillernde[...] Welt der Rechten, die man hernach ‚vorfaschistisch‘ nannte“ und in der Thomas Mann sich damals „ganz zu Hause“ fühlte (Harpprecht 1996, S. 425), in der Gesellschaft z.B. von Arthur Moeller van den Bruck¹⁷ und Alfred Baeumler, dem späteren Nazi-Pädagogen. Auf Thomas Manns baldige Distanz und seine Verschreibung der Ideen der Weimarer Republik ist aber hinzuweisen. Thomas Mann schreibt an diesem umfänglichen „Essay“ seit 1914 und trägt darin einen Zwist mit Bruder Heinrich aus: Dieser argumentiert pazifistisch wider den Krieg, während Thomas sich ganz dem allgemeinen kriegsbegeisterten und nationalistischen Taumel überlässt.

3.3.1 Thema

Der Text Thomas Manns ist Segment der Beharrungsdiskurse in der frühen Weimarer Zeit. Diese Beharrungsdiskurse haben unterschiedliche Themen, etwa die Restituierung der Monarchie, Deutschland als imperiale Staatsmacht, das großdeutsche Reich, das Germanentum der Deutschen usw. Thomas Manns ‚Betrachtungen‘ sind ein Exemplar des nationalistisch argumentierenden Beharrungsdiskurses, ihr Autor überlässt sich widerstandslos einem ressentimentgeladenen, antidemokratischen extremen Nationalismus. Leitthema dieses binär argumentierenden Textes ist ein von seinem Verfasser konstruierter Gegensatz zwischen Zivilisation und Kultur, zwischen Politik und Kunst, zwischen Demokratie und Deutschtum, zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Paare stehen in einer Oppositionsrelation zueinander; eine Grundaussage lautet: ‚Demokratie ist widerdeutsch, Demokratie und Deutschland sind nicht miteinander vereinbar‘. Mit dieser Aussage argumentiert der Autor zum einen nationalistisch. Kennzeichen nationalistischer Argumentation ist nicht nur das gegeneinander Auspielen von Nationen, sondern außerdem die Bewertung: die Höchstbewertung der eigenen Nation, die Schlechtbewertung der ande-

¹⁷ Thomas Mann schreibt ihm in einem undatierten Brief: „Die politische und kulturelle Haltung Ihres Kreises schmeichelt unmittelbar meine geistigen Nerven, und damit auch wirklich meine physischen; was geistige Sympathie ist, ich erfahre es immer bei der Berührung mit Ihrer Welt.“ (Zit. nach Harpprecht 1996, S. 425 f.)

ren.¹⁸ Zum andern argumentiert er antidemokratisch. Diese beiden Argumente bringt der Autor mit der Aussage ‚Deutschtum und Demokratie sind nicht vereinbar‘ in ein Ausschließungsverhältnis.

3.3.2 Beteiligter

Diskursbeteiligter ist ein Intellektueller, der zu der Entstehungszeit dieses Textes einer geistigen Strömung angehörte, der Hugo von Hofmannsthal 1927 den Namen ‚konservative Revolution‘ verlieh. Diese Strömung ist eine Antwort auf den Umbruch am Ende der Kaiserzeit. Zwar ist Thomas Mann im Jahr 1918 natürlich kein neuer Diskursbeteiligter – der Dichter der ‚Buddenbrooks‘ ist weltberühmt. Als Beiträger zum politischen Diskurs aber, und zwar genauer, als Beiträger des nationalistischen und antidemokratischen Gegen Diskurses der frühen Weimarer Zeit, sollte seine Beteiligung – als Beteiligung eines Dichters mit dem Anspruch der Teilhabe an diesem politischen Diskurs – als exemplarisch und umbruchsignifikant bewertet werden.

3.3.3 Text und Textfunktion

Während die Proklamation – ausdrucksseitig – die Funktion der Initiierung einer Systemveränderung hat (während sie inhaltsseitig wie gesehen einen Beteiligungsanspruch repräsentiert), der Wahlaufuf die der Stabilisierung der Systemveränderung, ist die Funktion dieses Textes, den Systemwechsel von der Monarchie zur Demokratie zu denunzieren. Die Hauptaussagen der Zeitkritik Thomas Manns lauten: Man begegnet den Deutschen mit Antipathie, wo nicht mit Hass, und bestimmte Moderneerscheinungen entsprechen nicht deutschem Wesen. Eine dieser Moderneerscheinungen heißt Demokratie. Insofern gehört der zeitkritische politische Essay Thomas Manns dem Handlungsfeld „Öffentlich-politische Meinungsbildung“ (Girnth 2002, S. 38) an. Nach der Klassifizierung von Rolf (1993) sind Texte dieses Handlungsfelds der assertiven Textsorte mit den Kennzeichen ‚darstellend‘ und ‚disputierend‘ zuzuordnen, d.h., der Text erörtert ein theoretisches Problem und ist „primär auf die Darlegung von Inhalten (Daten) in einem ... theoretischen Zusammenhang“ angelegt (Rolf 1993, S. 195). Die Umbruchsignifikanz der Textsorte ‚Essay‘ besteht in ihrem höher frequenten Vorkommen zu Zeiten politischer und gesellschaftlicher Instabilität. Denn der generelle textsortengemäße thematische Rahmen dieses Formats – theoretische Erörterung – erlaubt die für Umbruchzeiten kennzeichnende zeitkritische Reflexion.

Halten wir fest: Unter dem Zeichen eines gesellschaftlich-politischen und damit auch sprachlichen Umbruchs ist die Textsorte ‚politischer Essay‘ als Format zeitkritischer Reflexionen in hohem Maß umbruchsignifikant. Insofern der Umbruch um 1918 von der Dissonanz von Neuerungs- und Beharrungsdiskursen gekennzeichnet ist, stellt sich der Text der ‚Betrachtungen‘ als Exemplar des Beharrungsdiskurses auch in dieser Hinsicht als umbruchrelevant dar. Als solcher ist seine Funktion: den Systemwechsel zu denunzieren.

¹⁸ Diese Argumentation ist aus dem rassistischen Muster abzuleiten: Die für dieses Denken kennzeichnende Bewertung der Rassen, und damit der Völker, bildet eine der Voraussetzungen solch nationalistischer Deutungsmuster: „Die Rassenlehren beschäftigten sich von Anfang an nicht nur mit der Klassifikation von Körperformgruppen, sondern auch mit der Wertung fremder Völker und ‚primitiver Stämme‘, die sie im ästhetischen und moralischen Kontrast zu der selbstverständlichen Norm des weißen Europäers und später des nordischen Menschen sahen.“ (Römer 1985, S. 26)

3.3.4 Lexik im Kontext

Im Fall dieses Textes scheint eine Differenzierung des Vokabulars nach der Zeitperspektive kaum erkenntnisfördernd. Denn es sind gleichsam Setzungen, mit denen Thomas Mann zeitlose resp. überzeitliche Sachverhalte konstituiert. Vielmehr erschließt sich dieser Text lexikalisch-semantic als Segment des Umbruchdiskurses um 1918 durch die Synopse. Thomas Mann argumentiert aus der Perspektive einer binären Weltsicht, die lexikalisch durch die Gegenüberstellung darstellbar ist.

Die positive Seite, die gute Welt rekrutiert der Autor mit Nationalismen, keine Wortfamilie ist dabei so extensiv und produktiv vertreten wie *deutsch-* (mit *Deutschland, deutsch, Deutschtum, widerdeutsch, deutschfeindlich, Deutschenhaß, Deutschfeindlichkeit, Widerdeutschheit*).

Nationalistisch ist

- die emotionale, Handlungsabstinenz und unabänderliche Zwangsläufigkeit suggerierende Argumentation: *politische Invasion des Westens deutsches Schicksal geworden; Tatsache des Gemüts, etwas Seelisches, nicht verstandesmäßig Erfasstes;*
- die Behauptung bestimmter kultur- und entwicklungsgeschichtlich bedingter Veranlagung: *Musik; (politischer Geist als) demokratische Aufklärung (psychisch widerdeutsch); (wir sind) kein Gesellschaftsvolk; das Ich und die Welt (sind die Gegenstände unseres Denkens und Dichtens); (die Gegenstände unseres Denkens und Dichtens sind nicht) die Rolle, welche ein Ich sich in der Gesellschaft spielen sieht; (die Gegenstände unseres Denkens und Dichtens sind nicht) die mathematisierte Gesellschaftswelt; unsere gutmütig unpolitische Menschlichkeit; unser seelischer Militarismus; Geist der Ordnung, Autorität und Pflicht;*
- die nationalistische Verabsolutierung: *Deutschtum; der deutsche Mensch; deutsche Wirklichkeit.*

Die negative Seite, die schlechte Welt rekrutiert der Autor

- mit Antimodernismen: *Zivilisation* als Entsprechung zu dem Mirandum *deutsch (Krieg der Zivilisation gegen Deutschland; militärische Invasion der Zivilisationstruppen in Deutschland)*, und *Demokratie* (mit der Wortfamilie) im negierenden Kontext (*der unauslöschliche Todhaß der politischen Demokratie gegen uns*);
- mit der Behauptung einer feindlichen Welt: *wie sehr sie uns in all der Zeit politisch gehaßt hatten; politischer Haß; politisch deutschfeindlich; geistiger Haß auf Deutschland und deutsches Wesen; Deutschenhaß; politische Deutschfeindlichkeit;*
- mit der Behauptung bestimmter kultur- und entwicklungsgeschichtlich bedingter Veranlagung: *Politik; Zivilisation; seelische Widerdeutschheit; ein geistig in Frankreich naturalisierter Romancier; humanitär-demokratischer Zivilisations- und Gesellschafts-Internationalismus.*

3.4 Diskurslinguistische Perspektive

Was hält die Texte aus diskurslinguistischer Sicht zusammen? 1) Alle drei Texte sind zentrale Segmente des Weimarer Diskurses. 2) Nach der Klassifizierung von Girth (2002, S. 77) haben alle drei Texte den Status ‚prozessual‘, indem sie den Diskursverlauf je spezifisch bestimmen. 3) Hinsichtlich des diskursanalytischen Kriteriums der Variabilität (zu dieser Kategorie vgl. Girth 2002, S. 78), also der Frage, inwiefern der Eintritt eines

Textes in den Diskurs an einen bestimmten Zeitpunkt gebunden ist, lässt sich für die Proklamation und den Wahlauf Ruf minimale, für die ‚Betrachtungen‘ hohe Variabilität annehmen. Proklamation und Aufruf sind an historisch feste Zeitpunkte gebunden, die ‚Betrachtungen‘ dagegen nicht, was auch der lange Zeitraum ihrer Entstehungsgeschichte dokumentiert. 4) Alle drei Texte sind Repräsentationen des Demokratisierungs-Diskurses der frühen Weimarer Republik: die Proklamation, weil sie die von ihren Autoren für demokratisch gehaltene Staatsform der Republik verbal konstituiert; der Wahlauf Ruf, weil er sich auf den von seinen Autoren für demokratisch gehaltenen politischen Handlungsakt der Wahlen bezieht und weil er das demokratische Selbstverständnis der Autoren repräsentiert; der zeitkritische Essay, weil sein Autor die Demokratisierung Deutschlands thematisiert und als undeutsch bewertet.

Inwiefern werden die drei Texte methodisch zusammengehalten? Der Ansatz setzt voraus, dass sich gesellschaftlich-politisch bedingte sprachliche Umbrüche auf den vier Diskursebenen Thema, Beteiligte, Text/Textfunktion und Lexik manifestieren. Wir haben diese oben als diskurskonstitutiv beschrieben. Die Umbruchrelevanz dieser vier Ausdrucksebenen ist evident:

- In Umbruchzeiten ändert sich die thematische Diskursstruktur, entweder, indem neue Themen den Diskurs bestimmen, oder indem Themen nicht mehr präsent sind, oder, indem sie modifiziert, präzisiert oder aspektualisiert werden.
- In Zeiten geänderter Machtkonstellationen ändert sich die Zusammensetzung der Diskursgemeinschaften und es sind diejenigen beteiligt, die zuvor ausgeschlossen waren.
- Veränderungen der Text- und Textsortentopographie und ihrer Funktionen stellen ein wesentliches Umbruchphänomen dar. Umbruch auf der Textebene bedeutet z.B. „Veränderungen im Textsortenspektrum einer Epoche“ (Mattheier 1995, S. 11) und hinsichtlich kommunikativer Handlungsmuster.
- Am ausgeprägtesten manifestiert sich sprachlicher Umbruch auf der lexikalisch-semantischen Ebene in Form von „echten“ Innovationen, insbesondere aber von Neu- und Umdeutungen, sowie von Veränderungen kollokativer Strukturen. Insofern vorauszusetzen ist, dass in Umbruchzeiten in hohem Maß in Zeitdimensionen gedacht und geredet wird, also Sachverhalte mit hoher Explizitheit den Kategorien Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zugeordnet werden, sind in lexikalischer Hinsicht vor allem auch die Zeitdeiktika von großer Bedeutung. Unter diesen sind wiederum die gegenwartsbezeichnenden Zeitdeiktika, wie etwa *heute*, *in diesen Zeiten*, *in unserer Gegenwart*, zentral, insofern sie Indikatoren für ein Umbruchbewusstsein der Zeitgenossen sind und daher entsprechend von sprachgeschichtlicher Evidenz.

Methodisch zusammengehalten werden also die analysierten Texte durch ihre Darstellung auf den vier umbruchrelevanten Diskursebenen. Dabei wird auch deutlich, dass ein ‚Diskursanalyse‘ genannter Zugriff nicht als methodische Vorgabe zu verstehen ist. In methodischer Hinsicht bedienen wir uns in diesem exemplarischen Fall des Instrumentariums der Textlinguistik, der Politolinguistik und der historischen Semantik. Denn insofern die drei vorgestellten Texte als exemplarisch den Diskurs repräsentierende sprachliche Manifeste zu verstehen sind, verlassen wir in dieser Phase der Diskursanalyse die Ebene des Diskurses und verstehen die Texte hier als hinsichtlich ihrer jeweiligen Spezifik darzustellende Einzelphänomene – die aber den Diskurs repräsentieren. Damit wird deutlich: Dis-

kursanalyse ist eine Perspektive, keine Methode.¹⁹ Man muss den Diskurs kennen, um Aussagen in Texten, ggf. Textpassagen oder auch ganze Texte als Diskursrepräsentationen einordnen und diskurs- und sprachgeschichtlich bewerten zu können. Und schließlich: Eine wesentliche methodische Voraussetzung für diese Bewertung ist auch die Textanalyse nach den Regeln der, in diesem Fall sprachanalytischen, Kunst.

4. Schlussbemerkung

Die unter der Leitidee der politischen bzw. gesellschaftlichen Umbruchgeschichte vorgestellte Konzeption ist ein Beispiel für kulturwissenschaftlich orientierte sprachgeschichtliche Forschung. Anders als Struktur- bzw. Systemlinguistik ermöglicht, um nicht zu sagen erfordert, eine Konzeption wie diese die disziplinäre Grenzüberschreitung. Wer den Konnex von Sprache und Gesellschaft als Axiom sprachlichen und sprachgeschichtlichen Forschens akzeptiert, kommt ohne die transdisziplinäre Perspektive nicht aus. Diese Perspektive einnehmen und den Boden der eigenen Profession nicht verlassen ist entscheidend. Die transdisziplinäre Formel könnte also lauten: Entdisziplinierung bzgl. des Forschungsgegenstands – hier die frühe Weimarer Zeit – und der Perspektive – hier: des Diskurses; Disziplinierung bzgl. des Beschreibungs- und Analyseinventars – hier das Instrumentarium der Textlinguistik, der Politolinguistik und der Historischen Semantik. Die Beispielanalyse sollte in diesem Sinn deutlich machen, dass sprachgeschichtliche Erkenntnisse nur über eine Analyse zu haben sind, die Einzeltexte als Diskursrepräsentationen bewertet und gleichzeitig ihre spezifische sprachliche Beschaffenheit (hinsichtlich Entstehungsbedingungen, thematischer Struktur, Verfasser, Textsortenstruktur und Funktion sowie lexikalischer Struktur) darstellt.

Literatur

- Alemann, Ulrich von (1996): Wie, wann und warum entstanden Verbände? Informationen zur politischen Bildung, 4/Heft 253. (www.bpb.de/publikationen/)
- Brinker, Klaus (2005): Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden. Berlin.
- Busse, Dietrich (2003): Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte? Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantischen Epistemologie. In: Dutt, Carsten (Hg.): Herausforderungen der Begriffsgeschichte. Heidelberg. S. 17-38.
- Clason, Synnöve (1981): Schlagworte der ‚Konservativen Revolution‘. Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933. Stockholm.
- Clason, Synnöve (1991): Von Schlagwörtern und Schimpfwörtern. Die Abwertung des Liberalismus in der Ideologiesprache der konservativen Revolution. In: Liedtke, Frank/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen. S. 144-159.
- Eitz, Thorsten (2009): Zum Konzept einer Sprachgeschichte der Weimarer Republik. In: *aptum* 1/2009, S. 1-17.
- Fritzsche, Peter (2000): Deutsche Demokratie – Deutsche Diktatur. In: Papenfuß/Schieder (Hg.), S. 147-161.
- Gardt, Andreas (2007): Diskursanalyse – Aktueller theoretischer Ort und methodische Möglichkeiten. In: Warnke, Ingo (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin/New York. S. 27-52.

¹⁹ Vgl. die Rekonstruktion diskursanalytischer Forschungsansätze und Erkenntnisinteressen in Gardt (2007), der die zahlreichen unterschiedlichen diskursanalytischen Zugriffe und Fragestellungen der kulturwissenschaftlichen Linguistik rekonstruiert.

- Girnth, Heiko (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen.
- Götz, Norbert (2001): Ungleiche Geschwister. Die Konstruktion von nationalsozialistischer Volksgemeinschaft und schwedischem Volksheim. Baden-Baden.
- Grünert, Horst (1983): Politische Geschichte und Sprachgeschichte. Überlegungen zum Zusammenhang von Politik und Sprachgebrauch in Geschichte und Gegenwart. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 14, H. 52, S. 43-58.
- Gschnitzer, Fritz/Koselleck, Reinhart/Schönemann, Bernd/Werner, Karl Ferdinand (1992): Volk, Nation, Nationalismus, Masse. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7. Stuttgart. S. 141-421.
- Harpprecht, Klaus (1996): Thomas Mann. Eine Biographie. Band 1. Reinbek bei Hamburg.
- Haslinger, Peter (2004): Imagined territories? Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1889-1938. Habilitationsschrift, Universität Freiburg. (Publikation als Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 117, München 2009).
- Haslinger, Peter (2005): Diskurs, Sprache, Zeit und Identität – ein Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 16, S. 49-66.
- Haß-Zumkehr, Ulrike (1998): Die Weimarer Reichsverfassung – Tradition, Funktion, Rezeption. In: Kämper, Heidrun/Schmidt, Hartmut (Hg.): Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte – Zeitgeschichte. Berlin/New York. S. 225-249.
- Hermanns, Fritz (1989): Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen. S. 69-149.
- Hroch, Miroslav (2005): Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Göttingen.
- Kaelble, Hartmut (2001): Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union. Stuttgart/München.
- Kämper, Heidrun (2005): Der Schuldiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. Berlin/New York.
- Kämper, Heidrun (2007a): Diskurs und Diskurslexikographie. Konzept eines Wörterbuchs des Nachkriegsdiskurses. In: Deutsche Sprache 35, S. 334-353.
- Kämper, Heidrun (2007b): Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schuldiskurs 1945-1955. Berlin/New York.
- Kämper, Heidrun (2007c): Linguistik als Kulturwissenschaft. Am Beispiel einer Geschichte des sprachlichen Umbruchs im 20. Jahrhundert. In: Kämper, Heidrun/Eichinger, Ludwig M. (Hg.): Sprach-Perspektiven. Die Germanistische Linguistik und das Institut für Deutsche Sprache. Tübingen. S. 419-439.
- Kämper, Heidrun (2008): Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchgeschichte. Sprache im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung. In: Kämper, Heidrun/Eichinger, Ludwig M. (Hg.): Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung. Berlin/New York. S. 198-224.
- Kittel, Manfred (2000): Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich. München.
- Klein, Josef (2000): Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Brinker, Klaus u.a. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Berlin/New York. S. 732-755.
- Kunze, Ralf-Ulrich (2005): Nation und Nationalismus. Darmstadt.
- Landwehr, Achim (2001): Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse. Tübingen.
- Liebknecht, Karl (1919): Proklamation der sozialistischen Republik. (www.novemberrevolution.de/dokument.php?key=liebkrepublik).

- Lobenstein-Reichmann, Anja (2002a): Die Dolchstoßlegende. Zur Konstruktion eines sprachlichen Mythos. In: Muttersprache 112, S. 25-41.
- Lobenstein-Reichmann, Anja (2002b): Liberalismus, Demokratie, Konservatismus: Moeller van den Bruck, das Begriffssystem eines Konservativen zu Beginn der Weimarer Republik. In: Cherubim, Dieter/Jakob, Karlheinz/Linke, Angelika (Hg.): Neue deutsche Sprachgeschichte. Mentalitäts-, kultur- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge. Berlin/New York. S. 183-206.
- Mann, Thomas (1983): Betrachtungen eines Unpolitischen. Vorrede. In: Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe. Hg. von Peter de Mendelssohn. Frankfurt.
- Mattheier, Klaus J. (1995): Sprachgeschichte des Deutschen: Desiderate und Perspektiven. In: Gardt, Andreas/Mattheier, Klaus J./Reichmann, Oskar (Hg.) (1995): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen. S. 1-18.
- Mergel, Thomas (2002): Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik: politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag. Düsseldorf.
- Mergel, Thomas (2004): „Sehr verehrter Herr Kollege“. Zur Symbolik der Sprache im Reichstag der Weimarer Republik. In: Schlögl, Rudolf (Hg.): Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften. Konstanz. S. 369-394.
- Mommsen, Wolfgang (1988) (Hg.): Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920. Tübingen.
- Mosse, George L. (1991): Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main.
- Papenfuß, Dietrich/Schieder, Wolfgang (2000) (Hg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert. Redaktion Petra Terhoeven. Köln/Weimar/Wien.
- Puschner, Uwe/Schmitz, Walter/Ulbricht, Justus H. (1996): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871-1918. München u.a.
- Rolf, Eckard (1993): Die Funktionen der Gebrauchstextsorten. Berlin/New York.
- Römer, Ruth (1985): Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland. München.
- Schacht, Hjalmar (1953): 76 Jahre meines Lebens. Bad Wörishofen.
- Schlosser, Horst Dieter (Hg.) (2003): Das Deutsche Reich ist eine Republik. Beiträge zur Kommunikation und Sprache der Weimarer Zeit. Frankfurt am Main.
- Schulze, Gerhard (1993): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/New York.
- Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei vom 5. Dezember 1918. Zitiert nach Mommsen (1988), S. 499-504.
- Warnke, Ingo (2002): Adieu Text – bienvenue Diskurs? Über Sinn und Zweck einer poststrukturalistischen Entgrenzung des Textbegriffs. In: Fix, Ulla/Adamzik, Kirsten/Antos, Gerd/Klemm, Michael (Hg.): Brauchen wir einen neuen Textbegriff? Antworten auf eine Preisfrage. Frankfurt am Main. S. 125-141.
- Warnke, Ingo H./Spitzmüller, Jürgen (2008): Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik – Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In: dies. (Hg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin/New York.
- drw-www.adw.uni-heidelberg.de/drw/

Prof. Dr. Heidrun Kämper
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 101621
D-68016 Mannheim
E-Mail: kaemper@ids-mannheim.de